

# Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Ausschuss für Gesundheit und Soziales

74. Sitzung  
4. April 2016

Beginn: 12.01 Uhr  
Schluss: 14.44 Uhr  
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers** begrüßt Frau Kahlert als neue Ausschussreferentin und spricht Herrn Steffen den Dank des Ausschusses für die geleistete Arbeit aus.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Canan Bayram** (GRÜNE) erkundigt sich, wann die ersten Turnhallen wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt und die Geflüchteten anderweitig untergebracht würden.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) führt aus, die Zahl der nach Berlin kommenden Flüchtlinge habe sich seit Jahresanfang stetig verringert. Im Januar 2016 seien 4 500, im Februar rd. 3 000 und im März laut EASY 994 Personen in die Stadt gekommen. Nach 20 Monaten seien damit erstmals wieder weniger als 1 000 Menschen pro Monat in Berlin angekommen. Die Situation beim LAGeSo gestalte sich dadurch sowohl bei der Erstregistrierung wie auch bei der Unterbringung entspannter als noch zum Jahreswechsel. Im Leistungsbereich seien die Bearbeitungszahlen hingegen stark gestiegen, da die Flüchtlinge, die im November/Dezember 2015 in die Stadt gekommen seien, nunmehr beim LAGeSo in der Turmstraße vorsprächen.

Positiv zu vermerken sei, dass die Unterkünfte derzeit nicht vollständig ausgelastet seien und freie Kapazitäten aufwiesen; rd. 4 Prozent der Plätze seien ungenutzt. Ein Großteil der vor-

handenen Reserve finde sich im Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof, wo momentan rd. 1 700 Flüchtlinge untergebracht seien.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales verständige sich derzeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport auf ein Konzept zum Leerzug der Turnhallen. Dieses befindet sich in der Abstimmung, u. a. mit dem Rat der Bürgermeister. Zu den Voraussetzungen des Konzepts gehörten, dass über einen längeren Zeitraum ein niedriger Zugang von Flüchtlingen zu verzeichnen sei, dass eine Platzreserve vorhanden sei, damit die Menschen im Falle erneut steigender Zugangszahlen untergebracht werden könnten und nicht in Turnhallen einquartiert werden müssten, und dass die Wohncontainer, die SenFin und die Berliner Immobilienmanagement GmbH – BIM – für das Land bestellten, rechtzeitig errichtet würden. Nach derzeitiger Einschätzung von SenFin könnten die ersten Containerunterkünfte im Juni 2016 aufgestellt werden. Einen genauen Zeitplan für die Freigabe der Turnhallen könne er momentan noch nicht benennen.

**Canan Bayram (GRÜNE)** fragt, was unter dem erwähnten „längeren Zeitraum niedriger Zugangszahlen“ zu verstehen sei.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) antwortet, er habe das Konzept gerade nicht zur Hand; soweit er sich erinnere, sollte, dem fachlichen Hinweis von SenGesSoz zufolge, die Zahl der nach Berlin kommenden Flüchtlinge über einen Zeitraum von ca. acht Wochen unter 3 000 Personen im Monat liegen.

**Elke Breitenbach (LINKE)** erkundigt sich, ob die geflüchteten Menschen mittlerweile die ihnen zustehenden Geldleistungen vollständig erhalten oder ob ihnen weiterhin Abschlagszahlungen gewährt würden und sie in den Gemeinschaftsunterkünften versorgt werden müssen.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) erwidert, jene Personen, die aktuell beim LAGeSo vorsprächen und einen Termin für Mitte April bekämen, erhielten noch Abschlagszahlungen. Er gehe davon aus, dass der Rückstand im Monat April vollständig abgearbeitet sein können. Das LAGeSo müsse derzeit noch mit dem Instrument der Abschlagszahlung arbeiten, um allen Personen zumindest einen Teil der Leistungen rechtzeitig zukommen zu lassen.

Die Situation im Bereich Leistungsbearbeitung beim LAGeSo in der Turmstraße habe sich weiter verbessert, was nicht mit der rückläufigen Zahl der nach Berlin kommenden Flüchtlinge, sondern mit den nunmehr greifenden Maßnahmen zusammenhänge, die zur Verbesserung des Leistungsbezugs eingeführt worden seien. Bekanntlich sprächen in der Turmstraße nicht diejenigen vor, die neu nach Berlin kämen, sondern Personen, die bereits im Leistungsbezug stünden, insbesondere jene, die zwischen Oktober und Dezember 2015 in die Stadt gekommen seien. Zu Jahresbeginn hätten pro Tag ca. 250 Menschen Leistungen des LAGeSo in der Turmstraße erhalten; damals seien Wartesituationen entstanden, Personen hätten fortgeschickt werden müssen. Derzeit erhalten pro Tag ca. 800 bis 850 Personen Leistungen, zum Teil als Abschlagszahlung.

Schnellmaßnahmen – Verlängerung von Krankenscheinen etc. – würden sofort geregelt; hierfür sei eine Krisenfallbearbeitung eingerichtet worden. Pro Woche sei derzeit eine einstellige Zahl von Meldungen besonderer Härtefälle zu verzeichnen.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fragt mit Blick auf die Antwort des Senats auf ihre Schriftliche Anfrage 17/18002, wonach zum 31. März 2016 ein Gesamtkonzept inklusive Zeitplan zur Behebung des Rückstands in der ZLA vorliegen solle, wann der Ausschuss dieses Konzept erhalte.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) führt aus, für den Leistungsbereich des LAGeSo seien unterschiedliche Maßnahmen ergriffen worden, die dazu dienten, die Situation ab April 2016 zu verbessern. Sie seien mit dem LAGeSo und dem Kompetenzteam um Herrn Dr. Muschter im Jour fixe Ende März besprochen und verabschiedet worden. Das Maßnahmenpaket umfasse u. a. ein Team zur Einarbeitung neu eingestellter Mitarbeiter/-innen sowie zusätzliche personelle Unterstützung – rd. 40 Personen in zwei Teams – durch die Bundesagentur für Arbeit für den Zeitraum, bis die Einarbeitung des Personals vollständig abgeschlossen sei. Diese Kräfte unterstützten den Leistungsbereich des LAGeSo seit einer Woche. Supervisoren kümmerten sich um die neu eingestellten Mitarbeiter/-innen und die Klärung spezieller Einzelfragen. Man wolle zudem verstärkt darauf hinweisen, dass dem LAGeSo die Kontodaten jener Flüchtlinge benannt würden, die bereits über ein P-Konto verfügten, sodass ihnen die Leistungen des Landesamtes direkt überwiesen werden könnten. Eine nicht unbedeutende Zahl der Flüchtlinge verfüge bereits über ein Konto bspw. bei der Sparkasse, habe dem LAGeSo die entsprechenden Daten jedoch noch nicht mitgeteilt.

**Simon Kowalewski** (PIRATEN) fragt, ob Pressemitteilungen zuträfen, wonach sich die Anzahl der Grundstücke, die für die Errichtung von Containerdörfern vorgesehen seien, halbiere. Erhalte der Ausschuss eine Übersicht der ausgewählten Anbieterfirmen sowie Informationen darüber, welche Vereinbarungen mit ihnen geschlossen worden seien?

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) verweist darauf, dass SenFin und die BIM das Ausschreibungsverfahren vornähmen und dem Hauptausschuss gegenüber den aktuellen Sachstand bezüglich der Grundstücke darstellen würden.

**Simon Kowalewski** (PIRATEN) bittet um Erläuterung, warum angesichts der offenbar reduzierten Anzahl benötigter Grundstücke jenes in der Kieholzstraße weiterhin eingeplant sei, obwohl es sich um das einzige bewohnte Grundstück handele, dort ein wichtiges Projekt gerade auch für Flüchtlinge realisiert werde und die Bezirksbürgermeisterin von Neukölln das vor Ort arbeitende Projekt „Kanal“ unterstützt habe.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) erklärt, soweit ihm bekannt sei, hätten mit allen Bezirken Gespräche zwischen Frau Dr. Sudhof, den jeweiligen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern sowie Herr Glietsch vom landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement zu den Grundstücken und den jeweiligen spezifischen Belangen stattgefunden. Den Protokollen, die er bisher zur Kenntnis genommen habe, habe er entnommen, dass dabei ein großer Konsens erzielt worden sei; auch andere – neue – Grundstücke seien mit den Bezirken besprochen worden. Das Grundstück in der Kieholzstraße habe mit dazugehört. Zwischen dem Bezirk Neukölln und dem Senat fänden konzeptionelle Gespräche statt, um die

unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen und die bezirkliche Sichtweise auch bei weiteren Planungen einfließen zu lassen.

**Thomas Isenberg** (SPD) bittet um den aktuellen Sachstand zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) erläutert, seit dem 4. Januar 2016 sei die elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende – eGK – in Berlin eingeführt worden. Ihre Beantragung erfolge im Rahmen der Erstregierung, derzeit zunächst am Standort Bundesallee. Im Januar seien 1 664, im Februar 1 044 und im März – Stand 18.03.2016 – 559 eGK beantragt worden. Bis zum 18. März seien insgesamt rd. 3 300 Anträge zur Erstellung einer eGK gestellt, rd. 1 500 Karten davon bereits ausgegeben worden. In der Regel dauere die Bearbeitungszeit zur Bereitstellung der eGK vier Wochen. Ziel der Verwaltung sei es, allen Flüchtlingen bis zum Jahresende eine solche Karte auszustellen. Dass dies gelinge, sei insbesondere für jene, die bereits vom Rechtskreis der Bezirke umfasst seien, von besonderer Bedeutung. Durch die Einführung der eGK sei die medizinische Versorgung der Geflüchteten verbessert und der bürokratische Aufwand im LAGeSo verringert worden.

Bislang beteiligten sich vier Krankenkassen an der Vereinbarung zur Übernahme der Krankenbehandlung für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Asylsuchenden würden diesen Kassen nach dem sog. KM 6-Verteilungsschlüssel zugeordnet; die Verteilung geschehe nach einem Zufallsprinzip. 50 Prozent der bis zum 18. März ausgehändigten eGK seien Versicherte der DAK Gesundheit Berlin-Brandenburg, 32 Prozent der AOK Nordost, 9 Prozent der BKK VBU und 9 Prozent der Siemens Betriebskrankenkasse. Man ziele darauf ab, mit Beginn des Jahres 2017 vollständig auf das System der Aushändigung des sog. grünen Krankenscheins verzichten zu können.

**Thomas Isenberg** (SPD) begrüßt die Einführung der eGK. Die Zeitschiene – Versorgung aller Personen mit der Karte bis Ende 2016 – überrasche ihn. Welche Verteilquote werde voraussichtlich bis zum Sommer 2016 erreicht, bzw. wie differenzierten sich die jeweiligen Fallgruppen?

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) führt aus, Ziel der Verwaltung zu Beginn des Jahres sei es gewesen, alle Geflüchteten bis zum Ende des Jahres 2016 mit der eGK zu versorgen. Hierbei befindet man sich im Zeitplan. Wie viele Personen bis zum Sommer im Besitz einer eGK sein würden, könne er derzeit nicht sagen, da dies eng mit der Bearbeitungssituation beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – zusammenhänge, dessen Entscheidungsquote zuletzt gestiegen sei. Im Januar und Februar 2016 habe das BAMF 1 500 Entscheidungen zu Asylanträgen gefällt. In der großen Lage habe das BAMF mitgeteilt, es plane, im April 3 000 Entscheidungen in Berlin zu treffen; ab Mai würden 5 000 Verfahren pro Monat abgeschlossen. Da die durchschnittliche Anerkennungsquote derzeit bei rd. 50 Prozent liege, gelangten ab April vermutlich 1 500, ab Mai voraussichtlich 2 500 Flüchtlinge in Berlin in den Rechtskreis des SGB II. In dieser Situation seien die Menschen sowieso gesetzlich krankenversichert und erhielten die eGK. Diese Zahl müsse insofern zu jenen Personen hinzugezählt werden, die jetzt als Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine solche Gesundheitskarte erhielten.

Die Situation beim BAMF mache deutlich, dass man sehr viel früher als geplant in die Phase B zur Integration der Menschen gelange. Es sei nunmehr von noch größerer Bedeutung, die zahlreichen Personen, die den Status gewechselt hätten und bereits im Rechtskreis des SGB II stünden, mit Wohnungen zu versorgen und ihnen die Leistungen nach dem SGB II durch die Jobcenter zu gewähren. Die Fragen, wie man mit Flüchtlingen umgehe, deren Asylantrag anerkannt worden sei bzw. was mit jenen geschehe, bei denen dies nicht der Fall sei, beschäftigten die Verwaltung derzeit in besonderem Maße, und zwar sowohl im Rahmen der großen Lage, im Rat der Bürgermeister, gemeinsam mit den Stadträten für Soziales und Gesundheit und den Betreibern der Unterkünfte. Auch die Zahl der Rückkehrberatungen und die der Flüchtlinge, die keine Anerkennung erhalten hätten und freiwillig zurückkehrten, seien enorm gestiegen. Aufgrund dieser Entwicklungen – schnelle Entscheidungen des BAMF einerseits, freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen andererseits – stehe zu erwarten, dass schon im Sommer für gut die Hälfte der 45 000 Personen, die derzeit in Berlins Unterkünften untergebracht seien, eine Entscheidung des BAMF werde getroffen worden sein. Es sei insofern erforderlich, verstärkt und früher als geplant kleinere Apartments und Wohnungen in den Modularbauten entstehen zu lassen, wozu diese konzeptionell ohnehin ausgelegt seien, um so über Wohnraumangebote im unteren Preissegment zu verfügen. Vor allem auch die städtischen Gesellschaften müssten bei der Errichtung von Objekten das Augenmerk auf diese Entwicklung richten.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers** erklärt die Aktuelle Stunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Aktuelles aus der Senatsverwaltung**

0045  
GesSoz

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) stellt Herrn Dr. Thomas Götz vor, der seit dem 1. April 2016 als neuer Landesbeauftragter für Psychiatrie und Leiter des Referats I B – Psychiatrie und Sucht – bei SenGesSoz tätig sei. Herr Dr. Götz habe Humanmedizin studiert und im Jahr 2001 seine Approbation erlangt; er sei Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie sowie Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen. Er komme aus Frankfurt am Main und sei dort zuletzt als Psychiatriekoordinator tätig gewesen.

**Elke Breitenbach** (LINKE) erinnert an die von Staatssekretär Gerstle zugesagte schriftliche Stellungnahme zur Abschiebung der Familie O. sowie an die in der Ausschusssitzung am 22. Februar 2016 angekündigte Vorlage eines Konzepts zum Beschwerdemanagement im LAGeSo. Beide Berichte hätten den Ausschuss noch nicht erreicht.

**Alexander Spies** (PIRATEN) merkt an, seine Fraktion habe mehrfach kritisiert, dass die Stelle des Landespsychiatriebeauftragten in Berlin so lange unbesetzt geblieben sei, gerade vor dem Hintergrund, dass das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten – PsychKG – in einem verkürzten Verfahren, ohne Einbeziehung aller betroffenen Gruppen, auf den Weg gebracht worden sei. Er begrüße Herrn Dr. Götz herzlich und bitte ihn darzulegen, was ihn bewogen habe, sich auf die Stelle des Landespsychiatriebeauftragten zu bewerben. Wie stelle er sich seine hiesige Arbeit vor?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers** stellt klar, Fragen, die eine Personalentscheidung beträfen, würden nicht im Rahmen der Ausschusssitzung diskutiert. Herr Abg. Spies möge eine Frage an den Senator richten.

**Alexander Spies** (PIRATEN) fragt Senator Czaja, wie dieser sich die Aufgaben des neuen Landespsychiatriebeauftragten vorstelle.

**Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) verweist auf den Geschäftsverteilungsplan des Senats, in dem die Aufgaben des Landesbeauftragten für Psychiatrie festgelegt seien; auf diese habe sich Herr Dr. Götz beworben. Das engagierte Auftreten der Hausspitze – wie auch die Erwartung, dass es bei dieser Hausleitung bleibe – hätten sicherlich mit dazu geführt, dass er sich nach Berlin beworben habe, wenn man hier auch etwas weniger als in Frankfurt am Main verdiene.

Dem Ausschuss würden die Berichte zu den von Frau Abg. Breitenbach angesprochenen Sachverhalten zeitnah zugehen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers** erklärt den ständigen Tagesordnungspunkt für vertagt.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<a href="#"><u>0304</u></a>
Drucksache 17/2696	GesSoz(f)
<b>Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)</b>	BildJugFam
	Haupt
	Recht

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.